

Bohren: „Praktische Theologie sorgt sich darum, daß die Kirche neu und also Kirche sei. Und wenn sie sich um die Neuheit der Kirche sorgt, sorgt sie darum, daß die Kirche Kunst sei.“⁹ Gemeindeleitung und Gemeindeaufbau wären so gesehen nicht zuerst der Organisationswissenschaft und dem Gebiet eines effektiven Managements zuzuordnen, sondern der Charismatik. So entstünde eine Gemeindekultur.

Die Seelsorge

Seelsorge meint hier im Sinne evangelischer Theologie „Individualseelsorge, die Sorge um den einzelnen Menschen“.

Seelsorge als Menschen Sorge, Seelsorge im Zeichen mitmenschlicher Begegnung und im Zeichen des Gesprächs. Man spricht auch hier zu Recht von der Kunst der Seelsorge, vom charismatisch begabten Seelsorger, von der Spiritualität einer Seelsorgerin. Christliche Anthropologie betrachtet den Menschen zu Recht nicht als eine Maschine, die es nach den verschiedenen Fähnissen des Lebens wieder zum Funktionieren zu bringen gilt, sondern christliche Anthropologie redet vom Menschen als von einem Geheimnis. Sie ist sich dessen immer bewußt gewesen: Dieses Geheimnis ist vor allem sorgsam und ehrfurchtsvoll anzugehen, wenn und wo es sich um den Beschädigten, um den Verletzten, um den Leidenden und den Behinderten Menschen handelt. Matthäus 25, die Szene vom Weltgericht, ist und bleibt richtungweisend.

Der Mensch ist eine Hoheit, kein bloßer Klient, kein austauschbarer Fall.

So wird Seelsorge zur hohen Kunst der Menschenführung oder, besser, der Menschenbegleitung. Es gilt, ein Seelsorgegespräch „lege artis“ zu führen. Und dazu genügt die „Technik“ nicht, dazu braucht es spirituelle Qualitäten. In der Seelsorge paart sich Theologie mit Psychologie. Im Seelsorgegespräch verbindet sich das Wort Gottes mit dem Wort des Menschen. Und wiederum: Es ist eine hohe Kunst, in dieser Art und Weise Menschen zu begleiten, Seelsorger, Seelsorgerin zu sein. Und solche Kunst wird sich immer wieder mit Glaube und Gebet und mit der Kunst selbstloser Liebe verknüpfen.

⁹ Ebd. 130.

Wolfgang Weber

Mit Minderheiten leben

Gedanken für ein kirchliches Konzept

Nach den jüngsten epochalen Veränderungen in Europa kam es rasch zu einer Reihe gravierender gesellschaftlicher Folgeerscheinungen: Weber nennt u. a. die Migrantenproblematik, die Ausländerfeindlichkeit, die neuen sozialen Spannungen, das Wiedererwachen des Nationalismus; auch mit einer dramatischen Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts ist zu rechnen. Wie können die Kirchen ihrem Auftrag in dieser Situation gerecht werden? red

Zur aktuellen Lage

Deutschland – Europa und der Rest der Welt
Die Ereignisse des Jahres 1989 haben Europa grundlegend verändert. Sie sind Teil globaler Veränderungen, deren politische, rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen erst mühsam bewußt werden und in ihren Auswirkungen noch nicht abschätzbar sind. („Wieviel Geschichte trägt ein Mensch?“, Stuttgarter Zeitung.) Der europaweite Öffnungs- und Ausgleichsprozeß schafft eine neue Interessenlage. Europa sieht sich einer großen Aufgabe gegenüber, die seine ganze Konzentration in Anspruch nimmt. Dies führt zu einer „Eurozentrierung“ der Weltsicht mit zusätzlicher Blickverengung auf das deutsch-deutsche Verhältnis. Zeichen dafür ist die massive Verlagerung der Informationen in den Medien auf „Deutschland“ und Zentraleuropa, als ob in der übrigen Welt kaum noch etwas geschähe. Es gibt bereits Stimmen, die das zeitweise Aussetzen der entwicklungspolitischen Nord-Süd-Beziehungen befürworten, um die Ressourcen in das wiedervereinigte Deutschland und das europäische Haus zu binden. Der Süden aber kann nicht warten. Die Folge der Wende in Europa wird die dramatische Verschärfung des Nord-Süd-Konfliktes in den nächsten Jahren sein.

Flüchtlinge und Arbeitsmigranten

Der „Süden“ ist bei uns präsent in der Gestalt von Ausländern, den Arbeitsmigranten, Flüchtlingen, die aus Situationen existen-

tieller Bedrohung, Verfolgung, Armut und Perspektivlosigkeit zu uns gekommen sind. Sie sind Zeugnis, wie die Realität in diesen Regionen tatsächlich beschaffen ist. Die Stuttgarter Erklärung vom Oktober 1988 nennt sie zu Recht „Botschafter“. Ausländer und Asylsuchende sind aber in unserer Gesellschaft marginalisiert, unterprivilegiert und werden zunehmend diskriminiert. Dies ist zudem politisches Konzept („flankierende Maßnahmen“, die [europaweite] Abschottung der Grenzen, Abschreckung und Abschiebung von Flüchtlingen als „Lösung“, Ausländergesetzgebung). Das Nord-Süd-Gefälle, das in seinen komplexen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen diese Menschen zu uns auf den Weg bringt, wiederholt sich innerhalb unserer Gesellschaft für die Zugewanderten noch einmal. Es ist nicht von ungefähr, daß man im Blick auf die „Zweidrittelwelt“ globaler Perspektive auch bei uns eine „Zweidrittelgesellschaft“ konstituiert, in der Arme, Arbeitslose, Randgruppen in ganz ähnlicher Weise marginalisiert werden und verelenden.

Der Zuwanderungsdruck, dem die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig ausgesetzt ist, hat seine Ursache in ganz verschiedenen Entwicklungen, die sich gebündelt haben:

die ungebremste Übersiedlung aus der ehemaligen DDR (1989: 500.000; in den ersten Monaten des Jahres 1990 täglich bis 3000);

die wachsende Freizügigkeit in Osteuropa (als Folge der KSZE-Beschlüsse), das Auseinanderfallen des „Ostblocks“, die Veränderungen in der UdSSR führen zum Anwachsen der Aussiedlerzahlen;

die wirtschaftlich bedingte Migration aus Ost- und Südosteuropa als Folge der (von uns geforderten!) Freizügigkeit führt durch Fehlen eines Wirtschaftskonzeptes angesichts des Ganz-reich-ganz-arm-Gefälles zum großen Teil über das Asylverfahren (Polen, Jugoslawien);

die Flucht aus Krisengebieten (Golfregion, Naher/Mittlerer Osten, Sri Lanka, Äthiopien . . .) ist durch Visarestriktionen zwar erheblich gedrosselt, hält jedoch an.

Dagegen ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer ziemlich stabil.

Interessant ist die Verlagerung der Migration in den innereuropäischen Bereich: Von

zirka einer Million Zuwanderern im Jahre 1989 kamen nur noch zwei Prozent aus außereuropäischen Ländern (!).

Unbrauchbarkeit traditioneller Leitbilder und Handlungsmuster

Gleichzeitig mit der Geschwindigkeit der Veränderungen werden die politischen, rechtlichen und ideologischen Handlungsmuster zunehmend anachronistisch und weisen dadurch tiefe Widersprüche und Brüche auf:

die Absurditäten bisheriger Feindbilder, der vermeintliche Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus,

„Wir sind kein Einwanderungsland“ und zwei Millionen Zuwanderer im Jahre 1990, Relativierung nationaler Grenzen und Wiederaufleben nationalistischen Gedankengutes,

Anachronismus der Rechtsvorgaben (Vertriebenengesetz, Lastenausgleich . . .),

sozialpolitische Verschleibungen und (hausgemachte) soziale Defizite, die durch die Zuwanderung verschärft werden,

das administrative Chaos (bedingt durch die Zahlen) und die dadurch erzeugten Spannungen,

die zunehmende Verlagerung nationaler Probleme (Kostenlasten) auf die untersten Gebietskörperschaften (Kommunalisierung) u. a. m.

Lösungen sind deshalb so schwierig, weil gleiche Realitäten aufgrund tiefsitzender Leitbilder (z. B. die tribalistische = stammeszugehörige Nationalstaatsidee) und widersinnig gewordener Rechtsvorgaben (nebst ihren politisch-ideologischen Begründungen) zu extremer Ungleichbehandlung führen. Dies zeigt sich in der Wanderungs- und Asylpolitik. Sie hat durch die neugewonnene Freizügigkeit eine ganz neue Qualität erhalten, der weder konzeptionell, rechtlich noch politisch Rechnung getragen wird. Statt dessen pervertiert altes Instrumentarium zu einer „doppelten Ethik der Menschenwürde“:

– Würde der Bevölkerung in den letzten Jahren eingeredet, die „Flut“ von 80.000 Asylbewerbern sei der Untergang der Nation, so sind jetzt eine Million Aussiedler „ein Segen für unser Land“ („Aussiedlerseggen“ contra „Asylantenflut“).

- Bei Aussiedlern besteht ein beeindruckendes Bündel an Aufnahme Maßnahmen, ein großzügig ausgelegtes Vertriebenengesetz, Lastenausgleich und Eingliederungshilfen, Werbespots „Aussiedler: Herzlich willkommen“, gleichzeitig ein restriktiv geschärftes Asylverfahren, Abschreckung durch Arbeitsverbote und Sammellager, Kürzung der Sozialhilfe und gewaltsame Abschiebungen von Flüchtlingen in Länder mit Menschenrechtsverletzungen ohne humanitäre Skrupel. Menschen aus Polen etwa, die aufgrund gleicher Erfahrungen und Erwartungen zu uns kommen, finden sich entweder als „Deutsche“ oder als „Asylanten“ wieder. Der Artikel 116 GG wird zum Apartheidsinstrument gegen den Art. 16.2.2 GG, obwohl beide aus gleicher geschichtlicher Erfahrung und Verantwortung entstanden.

- Das nächstens beschlossene Ausländergesetz reduziert ausländische Arbeitskräfte zunehmend auf ihren reinen wirtschaftlichen Nutzfaktor, instrumentalisiert Ehe- und Familiennachzug zu steuerungspolitischen Zwecken, setzt vor die Aufenthaltsverfestigung ein Bündel restriktiver Hürden und ordnet die menschlichen Belange des „Nicht-Deutschen“ den „Interessen“ der Bundesrepublik unter (was das auch immer heißen mag). Gravierende rechtliche Ungleichbehandlung von einem Teil der Bevölkerung führt aber zwangsläufig zu dessen gesellschaftlicher Diskriminierung.

Undifferenzierte Ablehnung alles Fremden Gesellschaftspolitisch hat sich die Stimmungslage radikal verschlechtert. Es kommt zu einer Konklusion des Ausländerbegriffs; alles Fremde kommt in einen Topf, Differenzierungen verweisen zugunsten erheblicher, emotionaler Blockierungen. Sie reichen von Verdrängung bis zu massiven Ängsten und Ansätzen pogromartiger Übergriffe (Anschläge auf Wohnheime). Ausländerfeindlichkeit rechtsextremer Gruppen ist Symptom, nicht Ursache. Diese ist komplex und bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wohl auch unterschiedlich. Grundsätzlich aber gilt:

Je unübersichtlicher die Welt geworden ist, desto archaischer werden die Gefühle. Sie sind zuallererst Ausdruck sozialer Spannungen. Am unteren Rand der Gesellschaft

herrscht ein gnadenloser Konkurrenzkampf der Nöte (Wohnungsmangel, Arbeitsplätze, soziale Sicherungen): In den Übergangswohnheimen schimpfen die Übersiedler auf die „Polacken“, diese auf die „Russen“. Jeder tritt auf den, der noch weiter unten ist: einheimische Schwache, Aus-/Übersiedler, ausländische Arbeitnehmer, Asylsuchende. Teilweise haben die Ängste durchaus reale Hintergründe, die meist aber in irrationale Motive hineinfließen: „Überfremdung“, kultureller Identitätsverlust usw.

Zunehmende Ausländerfeindlichkeit hat unterschiedliche Aspekte: Sie ist Ausdruck von Sozialängsten, Ideologie (Rassismus), administrativer Praxis und Ressentiments.

Darüber hinaus geraten Minderheiten zunehmend in die Rolle von Ersatzschuldigen und Sündenböcken anonymer Krisen.

Je reicher wir insgesamt werden, desto unfähiger werden wir zu teilen (nationaler Egoismus).

Dennoch gilt: Die Bereitschaft in der Bevölkerung, Fremde aufzunehmen, wird in dem Maße wachsen, in dem soziale Härten bei uns selbst abgebaut werden. Ausländer-/Asyl-/Aussiedlerpolitik ist deshalb in erster Linie Sozialpolitik.

Neuerwachen des Nationalismus

Neu nachzudenken ist in diesem Zusammenhang auch über das Wiedererwachen des Nationalismus. Von Rumänien bis Litauen ist Nationalismus eine neue, befreiende Kraft auch in den Minderheitenkonflikten. Auch die Energie, mit der in beiden deutschen Staaten die „Vereinigung“ als Ausdruck der Selbstbestimmung gespeist wird, hat durchaus positive Züge. Die Kehrseite sind die dem Nationalstaatsgedanken immanenten exklusiven Züge, die mehr oder weniger schroff durchbrechen. War anfangs die Parole „Wir sind das Volk“ (wo auch der Türke mitrufen kann), so heißt es jetzt „Wir sind ein Volk“ (!). Nationalstaatliche Identitäten sind immer auch Abgrenzungs- und Abwehrideologien. Vermischen sich diese mit materiellem oder kulturellem Besitzstand, entsteht ein bedrohliches Gemisch aus Aggressivität. Die ausländischen Mitbürger der zweiten und dritten Generation äußern berechnete zunehmende Ängste angesichts der nationalen Euphorie.

Daher wird die grundsätzliche Frage (aller Länder) in einem neuen Europa sein, wie sich das Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten ordnen wird (Ungarn in Rumänien, Deutsche in Polen, Türken in Deutschland . . .), welche Rechte diese erhalten, wie sich Identitäten bewahren und verändern lassen.

Auch Aussiedlergruppen werden wegen ihrer völlig anders verlaufenen Geschichte Minderheiteninseln bilden, die eine eigenständige Identität ausbilden werden. Je größer der Systemschock, je ablehnender die aufnehmende Gesellschaft, desto mehr werden diese Identitäten mit Feindbildern besetzt.

Die Aufteilung in „Deutsche“, „unsere Landsleute“ o. ä. und „Ausländer“, „Asylanter“ wird der Lebenswirklichkeit, aber auch dem Selbstverständnis der hier lebenden Gruppen nicht mehr gerecht. Es wird zur Schlüsselfrage, wie die Gesellschaft in zehn Jahren aussehen soll und ob es gelingt, nationalstaatliche Kategorien (Gleichsetzung von Volk und Staat) durch ein Konzept gesellschaftlicher und regionaler Ordnung zu ersetzen (Kulturdemokratie). Wer gibt hier die Perspektive an?

Zu einem neuen ethischen Grundkonsens

Zunehmende Pluralität bedeutet auch zunehmende religiöse Vielfalt. Die weltanschauliche Neutralität der öffentlichen Einrichtungen, Kern der säkularen Gesellschaft und Grundlage demokratischen Selbstverständnisses, wird mehr Bedeutung erhalten. Der ethische Grundkonsens des Zusammenlebens wird sein müssen: Achtung vor der Würde jedes Menschen, Toleranz, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit usw. Integration wird bedeuten, diesen Konsens anzuerkennen und wird auf Gegenseitigkeit angelegt sein müssen. Allein die Zuwandererzahlen machen deutlich, daß das Konzept der Assimilation von Minderheiten in die Gesellschaft zur sozialromantischen Vorstellung geworden ist, wenn es denn je funktioniert hätte. Mehr und mehr geht es um die Integration von Einheimischen und Zuwanderern in die neue, gemeinsame Lebenssituation.

Folgerungen für kirchliches Handeln

Die Kirchen werden von diesen Veränderungen nicht ausgenommen. Sie haben durch ihre öffentlich-rechtliche Stellung Anteil daran, wie sich das Zusammenleben ordnen wird. Gleichzeitig geht ihr politischer Einfluß zurück. Die Frage nach dem Spezifikum christlicher Identität des einzelnen und der Gemeinde und damit nach dem Auftrag der Kirche wird sich in einer zunehmend pluraleren Gesellschaft verschärfen.

Festzustellen ist, daß die gegenwärtige Krise tief in die eigenen Reihen geht: einerseits volkskirchlich-reaktionäres Beharren, das Zugang zu Solidarisierung und damit Erfahrungen versperrt, andererseits das Entstehen einer Vielzahl von Freundeskreisen, Initiativgruppen, Solidaritätsaktionen, besonders in der Flüchtlingsarbeit. Die personale Gestalt der unmittelbaren Nord-Süd-Begegnung erweist sich als höchst kreativ und hat tiefe Erneuerungs- und Veränderungsprozesse bei den beteiligten Menschen ausgelöst. Die Flüchtlingsinitiativen sind durchwegs „grenzüberschreitend“: Engagierte Menschen aus unterschiedlichen konfessionellen und weltanschaulichen Lagern finden zusammen. Kirchlich Aktive sind fast immer dabei, häufig bietet die örtliche Kirchengemeinde Raum und technische Möglichkeiten. Dennoch sind solche „Modelle des Zusammenlebens“ noch partielle „Einkämpfer“. Und doch entsteht dabei eine neue Art von „Ökumene“, die sich quer zu den üblichen kirchlich-gesellschaftlichen Grenzlinien bildet und deren gemeinsame Grundlage die Solidarisierung mit Bedrohten, Alleingelassenen ist.

Anfragen an die kirchliche Praxis

Auf diesem Hintergrund stellen sich theologische und ekklesiologische Fragen, wobei Schlüsselbegriffe „Identität“ und „Solidarität“ sind:

Aus-/Übersiedler, Ausländer und Flüchtlinge sind kein exotisches Randproblem der Diakonie. In ihnen begegnen uns wie in einem Brennglas Grundsatzfragen der Welt-(un)ordnung, der Gesellschaftspolitik, des Menschenbildes und der Ethik. Innerkirchlich sind sie Seismograph für die Nachbar-

schaftsfähigkeit der Gemeinde, an der Art des Umgangs mit Minderheiten lassen sich Aussagen von Bekenntnis und Ekklesiologie verifizieren und messen.

Die gestellten Fragen sind überaus komplex und liegen gleichsam quer zu den kirchlichen Strukturen und gemeindlichen Handlungsfeldern. Wenn der Ansatz einer gegenseitigen Integration von Einheimischen und Fremden ernst genommen wird, hat das Auswirkungen auf alle gemeindlichen Bereiche: Gottesdienst und Katechese, Jugendarbeit usw. Zusammenleben mit Minderheiten in der Gemeinde ist daher Paradigma des Gemeindeaufbaues insgesamt.

Wie ist das Auseinanderfallen von Predigt und praxis pietatis zu überwinden? Kirchliche Stellungnahmen tendieren dazu, Ängste herunterzuspielen und zu moralisieren durch apodiktische Appelle oder den puren Hinweis auf die Bereicherung durch Fremde. Das alttestamentliche Gebot „Du sollst den Fremdling lieben“ ist jedoch in die Erfahrung gebettet, „[. . .] denn ihr seid Fremde gewesen in Ägypten“ (Lev 19, 33f). Wie kann die Identität der „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“ (Hebr 13, 14) erfahrbar gelebt werden? Der Volkskirche in ihrer derzeitigen Ausprägung geht diese Dimension strukturell und in ihrem Selbstverständnis gänzlich ab.

Was könnte „Solidarisierung“ im kirchlichen Kontext bedeuten? Wie kann der Übernahme staatlich-rechtlicher Kategorisierung von Minderheiten (in Aussiedler, Asylanten . . .) und der Ungleichbehandlung entgegengewirkt werden? Wie kann vermieden werden, daß diese Etikettierung von Menschen unkritisch und untheologisch in innerkirchliches Handeln und in kirchliche Programme übernommen wird?

Dabei ist natürlich zu sehen, daß die einzelnen Zuwanderergruppen sehr unterschiedliche Motive, Sozialisationen, kulturelle und religiöse Prägungen und Perspektiven haben. Differenziertes Denken tut not und eine an den Bedingungen der Zuwanderer orientierte Zuwendung. Kirchliches Handeln kann sich jedoch nicht an politischen oder rechtlichen Kategorisierungen orientieren, sondern ausschließlich an der Frage: „Wer hat unsere Hilfe am nötigsten?“ Angezeigt ist

daher ein Konzept „Mit Minderheiten leben“, das die einzelnen Zuwanderergruppen ebenso einbezieht wie die sozialen Minderheiten in der eigenen Gesellschaft.

Wie kann Randgruppenarbeit stärker in den Mittelpunkt kirchlichen Lebens gelangen? Menschen in Initiativgruppen werden nicht selten mit abgestempelt. Solidarisierung kann aber nicht einfach nur Identifizierung bedeuten. Anwaltsfunktion ist wichtig, jedoch allein nicht hinreichend. Einladende Kirche ist nach Bonhoeffer „[. . .] nur Kirche, wenn sie für andere da ist“¹. In der Bildersprache der Bibel ist das „Licht- und Salz“-Funktion. Das bedeutet gleichzeitig modellhaftes Aufdecken der Wirklichkeit, die mit der „Stadt auf dem Berg“ (Mt 5, 14) gemeint ist. Identität definiert sich nicht theoretisch, sondern in Erfahrung. Zugespißt: Wenn es uns nicht gelingt, mit den tamilischen Flüchtlingen angemessen, d. h. als Schwester und Bruder, zu leben, gelingt es uns mit den Aussiedlern und Arbeitslosen auch nicht. Dies wird zu einer der wichtigsten gesellschaftsdiakonischen Aufgaben der Kirche, die weit über die Aussiedler- und Ausländerthematik hinausreicht. Je mehr es ihr gelingt, dies beispielhaft auf der emotionalen Ebene zu verankern (korinthische Erfahrungen) und nicht nur intellektuell oder moralisch zu argumentieren, umso mehr wird sie helfen, Ängste zu überwinden und gemeinschaftstiftende Kräfte freizusetzen.

¹ D. Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, München 1951, 260f.

Friederike Valentin

Jesus-Bilder der evangelikalen und pfingstlichen Bewegungen

Der folgende Beitrag zeigt, daß evangelikale und pfingstliche Bewegungen ihren Jesus-Bildern wichtige Aussagen der christlichen Tradition zugrunde legen, daß sie dies aber teilweise in einer Verengung biblischer und theologischer Aussagen tun und dabei auch unterschiedliche Akzente setzen. red